Abendausgabe

Nr. 465 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 230

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend
1. Oktober 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Gegen Keudells Schulgesetz.

Bremen lehnt den Entwurf in der jetzigen Form ab. – Baden stellt einschneidende Verbesserungsanträge.

Bremen, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Um die Bremer Regierung zu einer klaren Stellungnahme zum Reichsschulgesetz zu zwingen, das die seit hundert Jahren von jeder kirchlichen Beeinflussung freie Bremer Volksschule zerschlagen würde, hat die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion am Freitag durch eine Interpellation den Bremer Schulsenator zu einer grundsätzlichen Aeußerung veranlaßt. Namens des Senats erklärte Senator Dr. Spitta in der Bürgerschaft unter anderem folgendes:

„Der Senat kann dem Entwurf des Reichsschulgesetzes in der vorliegenden Fassung **nicht zustimmen**, da der Senat gegen den Entwurf **schwere verfassungsrechtliche, kulturelle, schultechnische und finanzielle Bedenken hat.** Er hat daher für die Behandlung im Reichsrat eine große Anzahl von Abänderungsanträgen gestellt. Insbesondere wird er sich dafür einsetzen, daß die Bremische Volksschule in ihrer geschichtlich gewordenen Eigenart erhalten bleiben wird. Von der Gestalt, die der Gesetzentwurf durch die Verhandlungen erhalten wird, hängt es ab, ob der Senat im Reichsrat für oder gegen das Gesetz stimmen wird."

Baden stellt Verbesserungsanträge.

Karlsruhe, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Das badische Staatsministerium hat sich im Verlaufe dieser Woche in mehreren Sitzungen eingehend mit dem Reichsschulgesetzentwurf befaßt. Die Beratungen führten in der Verlaufe der vergangenen Nacht zu einer Einigung. Der § 20 des Entwurfes sieht bekanntlich vor, daß in den Simultanschulländern das Gesetz erst fünf Jahre später in Kraft tritt. Bei der Verständigung innerhalb der badischen Regierung ist diese Frist mit einer Verlängerung auf 12 Jahre vorgesehen. Besonders wichtig ist auch, daß von Baden aus gefordert wird, daß bei der **Umwandlung der Simultanschulen** in eine Konfessionsschule **eine Dreiviertelmehrheit sämtlicher Eltern** der Kinder erforderlich ist. Der badische Antrag bedeutet also einen ganz erheblichen Fortschritt gegenüber den Bestimmungen in dem Gesetzentwurf der Reichsregierung.

Es wird auch eine Verbesserung des § 2 dahin erstrebt, daß **der Vorrang der Gemeinschaftsschule scharf im zukünftigen Reichsschulgesetz hervorgehoben** werden soll, und es soll weiter angestrebt werden (§ 12), daß eine **Befragung der Erziehungsberechtigten** über die Rückumwandlung einer Schule erfolgen kann.

Hinsichtlich der Erteilung des Religionsunterrichtes wird von der badischen Regierung die in Baden geltende Regelung gegenüber der im Reichsschulgesetz vorgeschlagenen erstrebt. Im übrigen **stimmte die badische Regierung im allgemeinen den Anträgen zu, die die preußische Regierung zum Reichsschulgesetzentwurf gestellt hat.** Allerdings wünscht die badische Regierung, daß auch die preußischen Anträge in manchen Punkten noch eine Verbesserung erfahren. Sämtliche Anträge, die die badische Regierung stellen wird, sind einstimmig vom Kabinett beschlossen worden.

Amerika droht mit Zollkrieg.

Das „Weiße Haus" spricht von Einfuhrverbot gegen Frankreich.

Washington, 1. Oktober.

Die französische Antwort auf die amerikanische Note im Zolltarifstreit wird hier mit Spannung erwartet. Auf der französischen Botschaft soll erklärt worden sein, Frankreich habe seit Jahrhunderten die Führung im Kampf um Europas internationale Probleme übernommen; der amerikanische Zollkampf sei lediglich das jüngste Beispiel dieses Kampfes. Amerikanische Kreise sind indessen nicht geneigt, ganz Europa mit der französischen Handelspolitik zu identifizieren, obwohl die Tatsache, daß im Anschluß an den deutsch-französischen Handelsvertrag die französischen Zölle auf Amerikas Waren erheblich erhöht wurden, von einigen Blättern als eine gemeinsame Aktion der beiden Länder gegen die amerikanischen Tarifmauern (falsch) gedeutet wurde.

Seit mehreren Tagen beschäftigt sich die Regierung mit der Frage, ob Zuschlagszölle oder ein Einfuhrverbot auf französische Waren Amerika irgendwie schädigen würde. Es war daher sehr bemerkenswert, daß im Weißen Haus, das allein über Embargo oder Strafzölle entscheiden kann, bekanntgegeben wurde, der Verband amerikanischer Seidenfabrikanten habe mitgeteilt, er könne im Falle eines Embargo den Seidenbedarf Amerikas vollkommen im Inland decken; der Textilverband habe eine gleiche Mitteilung an das Weiße Haus gerichtet. Diese Mitteilungen sind an die Adresse Lyons gerichtet, dessen Seidenindustrie hauptsächlich für den Export nach Amerika arbeitet. Bezüglich Parfüms und anderer Artikel, die bisher aus Frankreich kamen, erörtern die Handelszeitungen die Möglichkeit eines Bezugs aus Deutschland oder England. Alles dies läßt darauf schließen, daß die Vereinigten Staaten auf ihrem Standpunkt beharren werden.

Frankreich spricht von „geringfügigen Interessen".

Paris, 1. Oktober.

Gestern hatte Handelsminister Bokanowski mit dem amerikanischen Geschäftsträger Whitehouse eine Unterredung über die Handelsbeziehungen. Frankreich habe den lebhaften Wunsch, die Verhandlungen mit Amerika fortzusetzen, ohne daß sie zu irgendeiner Polemik Anlaß geben. Es handele sich um sehr beschränkte Interessen, denn die französischen Zolltariferhöhungen bezögen sich nur auf einen geringen Prozentsatz der amerikanischen Einfuhr nach Frankreich. Die französische Regierung wisse, daß im Austausch zu den Konzessionen, die sie Amerika zu machen bereit sei, auch die Washingtoner Regierung Frankreich einige Tarifabschläge zugestehen werde nach Maßgabe und in der Form, in der die amerikanische Zollgesetzgebung das erlaube. Auf diese Weise würde der Grundsatz der Gegenseitigkeit gewahrt werden, ohne den Frankreich keine Möglichkeit habe, mit den anderen Nationen Handelsverträge nach Art dessen, den es mit Deutschland abgeschlossen habe, zu unterzeichnen.

Sozialdemokraten gegen Miliz.

Ein Antrag auf Abrüstung im Schweizer Nationalrat.

Bern, 1. Oktober.

Im Nationalrat hat der sozialdemokratische Nationalrat Sigg (Zürich) den Antrag eingebracht, den Bundesrat zu ersuchen, angesichts der vom Völkerbund garantierten Neutralität der Schweiz an die Abrüstung heranzugehen und beim Völkerbund anzufragen, ob er die Garantie für die Sicherheit des Landes übernimmt, wenn das schweizerische Milizheer durch eine einfache Polizeitruppe ersetzt wird.

Der Sitz des europäischen Stahlsyndikats.

Luxemburg will sich durch Schiedsverträge sichern.

Luxemburg, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Wie hier verlautet, sind in Genf Schiedsverträge mit Frankreich und Belgien ausgearbeitet worden. Später beabsichtigt man auch einen Vertrag mit Deutschland.

*

Das zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien eingeklemmte Ländchen von einer Viertelmillion Bewohnern ist heute Sitz des europäischen Stahlsyndikats, auch gelegentlicher Tagungsort von Konferenzen der Sozialistischen Internationale. Es hat angesichts seiner Lage wechselvolle internationale Geschicke gehabt. Im 18. Jahrhundert zwischen Oesterreich und Frankreich hin und her geschoben, wurde es auf dem Wiener Kongreß 1815 zu einem „selbständigen Großherzogtum" und deutschen Bundesstaat gemacht, aber dem König der Niederlande als Entschädigung für den Verlust seiner nassauischen Erblande zugeteilt; Stadt und Festung blieben aber deutsche Bundesfestung. In der Julirevolution schloß es sich an das sich vom Norden losreißende Belgien an, kam wieder an den niederländischen König zurück und erhielt im Laufe der Jahre eine Verfassung und seinen eigenen Statthalter. Als Bismarck 1866 im Kriege mit Oesterreich den Deutschen Bund auflöste, wurde Luxemburg selbständiger Staat — und von Napoleon begehrt, der es dem Niederländer abkaufen wollte, um sein Kaiserreich zu vergrößern. Auf Preußens Einspruch kam es beinahe schon 1867 zum Kriege; da aber beide Großmächte ihn noch nicht führen wollten, einigten sie sich im Londoner Vertrag und erklärten Luxemburg zum neutralen Staat unter Garantie der europäischen Mächte. Jedoch blieb Luxemburg im preußischen und deutschen Zollgebiet. Die Neutralität wurde ebenso wie die belgische durch den deutschen Einmarsch schon vor der belgischen verletzt, ohne daß es freilich deswegen zu Weiterungen kam. Seitdem ist Luxemburg, ebensowenig wie Belgien, kein neutraler Staat mehr, sondern gleichberechtigtes und gleichverpflichtetes Mitglied des Völkerbundes. Zu den Verhandlungen von Locarno wurde Luxemburg nicht hinzugezogen; auch hat Deutschland nicht, wie sonst mit seinen Nachbarstaaten, mit ihm einen Schiedsvertrag abgeschlossen. Wirtschaftlich gehört es seit dem Weltkriege zu Belgien. So ist es verständlich, daß die Luxemburger Regierung das Bedürfnis empfindet, die internationale Situation des Ländchens durch Abschluß von Schiedsverträgen mit den weit größeren Nachbarstaaten zu festigen.

Tschiangkaischek in Japan.

Der große General des Südens bei seinen Feinden.

Tokio, 1. Oktober.

Tschiangkaischek ist vorgestern in Japan eingetroffen. Gut unterrichtete Kreise glauben nicht an eine Reise Tschiangkaischeks nach Amerika und Europa. Niemand nimmt an, daß er die politische Bühne verlassen hat. Man glaubt, daß er sich in Nagasaki oder Osaka niederlassen wird, wo er nur zwei Tage von Schanghai entfernt ist, so daß er jeden Augenblick zurückkehren kann, wenn die politische Lage eine Gelegenheit dafür bietet.

Michaelis.

Ein berühmter Reichskanzler und eine berüchtigte Resolution!

Tage sind vergangen, seit die „Welt am Montag" jenen Briefwechsel zwischen dem Exkronprinzen und dem Kanzler a. D. Michaelis veröffentlichte, mit dem auch wir uns am Abend desselben Tages beschäftigten. Keiner der beiden Beteiligten hat seine Echtheit bestritten. Zweifellos also hat man es hier mit Dokumenten zu tun, die einen wertvollen Beitrag zur Geschichte des untergehenden deutschen Kaiserreichs bilden. Es sind Dokumente eines Systems, das an seiner eigenen Unfähigkeit und Infamie verendet ist.

Man braucht sich nicht lange aufzuhalten bei den Klagen des Sohnes über die eigenartige „Persönlichkeit" seines Vaters. Diese Persönlichkeit ist zu bekannt, und nicht weniger bekannt ist die Familienähnlichkeit zwischen dem kritisierenden Sprößling und dem kritisierten Erzeuger. Dieselbe Haltlosigkeit, dasselbe Taumeln zwischen den Extremen! Eben erst hatte der Exkronprinz selber eine höchst „flaumacherische" Denkschrift verfaßt, als er sich schon wieder über die „Flaumacherei" anderer beklagte. Er war inzwischen von Ludendorff „wieder aufgepumpt" worden. Nichts mehr von dieser Gesellschaft!

Was den Briefwechsel wichtig macht, das ist das Geständnis des Reichskanzlers a. D. Michaelis, einen niederträchtigen Betrug am Deutschen Reichstag verübt zu haben.

Am 20. Juli 1917, nach dem Sturze Bethmann Hollwegs, hatte der Reichstag jene berühmte Friedensresolution angenommen, in der er erklärte, „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker" zu erstreben. Mit einem solchen Frieden seien „erzwungene Gebietserwerbungen und politische wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar". Alle Pläne zur wirtschaftlichen Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege seien abzuweisen, die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen sei tatkräftig zu fördern.

Die Reichstagsmehrheit, bestehend aus Sozialdemokraten, Zentrum und Fortschrittlern, hatte sich damit zu einem Frieden bekannt, den heute ganz Deutschland sehr gern haben möchte. Seit neun Jahren sind alle politischen Bestrebungen Deutschlands darauf gerichtet, den Frieden von Versailles so weit zu mildern, daß er sich wenigstens in einigen Punkten dem vom Reichstag aufgestellten Friedensideal einigermaßen annähert.

Damals war es der Zweck der Resolution, einen tragfähigen Boden für Friedensverhandlungen zu schaffen. Es handelte sich um eine moralische Offensive mit dem Ziel einer baldigen Beendigung des Krieges. Es war eine Absage an den Wahnwitz des Annexionismus, ein Appell an die Völker, die Waffen niederzulegen, um einen ehrlichen Frieden zu schließen, einen Frieden, der für Deutschland die Selbsterhaltung, die Rettung bedeutet haben würde.

Bethmann war gestürzt. Michaelis war ernannt worden. Ein Verwaltungsbeamter preußisch-muckerischer Prägung, als Politiker gänzlich unbekannt. Seine Berufung war ein ausgesprochener Narrenstreich, zugleich eine Bankerotterklärung des herrschenden Systems, das über keine besseren Männer mehr verfügte. Man mag über die Staatsmänner der Entente sagen, was man will, auf alle Fälle waren sie Intelligenzen, mit langjährigen politischen Erfahrungen ausgestattet. Ihnen stellte nun Wilhelm II. einen Michaelis gegenüber sozusagen als politischen Führer des deutschen Volkes in den Stunden schwerster Gefahr.

Herr Michaelis wußte nichts von Politik. Er glaubte aber, daß das Wesen der Politik aus Hinterlist, Verschlagenheit und ordinärem Betrug bestehe. In diesem Sinne begann er jetzt die ihm gänzlich unbekannte Kunst zu üben.

Um die Friedensresolution war ein heftiger Streit geführt worden. Hof und Oberste Heeresleitung hatten vernehmlich geknurrt. Als man sah, daß dies keinen Eindruck machte, griff man zur Verstellung. Mochte die Vertretung des deutschen Volkes was immer beschließen, schließlich machte man doch, was man wollte — man brauchte es also gar nicht auf einen Kampf ankommen lassen, ja man konnte sogar tun, als ob man einverstanden sei.

Herr Michaelis verstand nichts von Politik, er war nur der fromme Knecht des Hofes und der Generalität. In den Verhandlungen mit dem Reichstag stellte er sich — vielleicht auf höhere Weisung —, so, als ob er im wesentlichen einverstanden wäre. Der Reichstag unterlag dieser Täuschung. Er unterlag ihr so sehr, daß zunächst die später so berüchtigt gewordenen Worte, in die er seine öffentliche Zustimmung zur Friedensresolution einkleidete — „wie ich sie auffasse" — kaum bemerkt wurden. Danach aber setzte sich der korrekte Beamte, der fromme Mann hin und schrieb an den Kronpinzen:

Die berüchtigte Resolution ist mit 212 gegen 126 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen angenommen. **Durch meine Interpretation derselben habe ich ihr die größte Gefährlichkeit geraubt. Man kann schließlich mit der Resolution jeden Frieden machen, den man will.** —Dann wurden die Kredite bewilligt, gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten. Nach dieser Leistung, die den Konflikt beilegte, wurde der Reichstag geschlossen.

Herr Michaelis rühmt sich, das deutsche Volk in seiner verfassungsmäßigen Vertretung und damit die ganze Welt

betrogen zu haben! Er hat dem Reichstag unter falschen Vorspiegelungen die Kriegskredite herausgeschwindelt und schrieb dazu hämisch: „Nach dieser Leistung wurde der Reichstag geschlossen.“ Offenbar glaubte er, auf die „Kaiserliche Hoheit“, die er mit den untertänigsten Floskeln anwinselte, einen guten Eindruck zu machen, wenn er den betrogenen Reichstag mit höhnischer Ueberlegenheit des Tones behandelte. Dazu hatte er freilich am allerwenigsten Berechtigung, denn so kläglich schwach auch der Reichstag zum Unglück des deutschen Volkes war, so hatten doch die meisten Abgeordneten immer noch mehr politischen Verstand im kleinen Finger, als dieser unfähigste aller offiziellen „Staatsmäner“ in seinem Kopfe besaß.

Welchen Wert, welche Bedeutung hatte die Friedensresolution des Reichstags unter solchen Umständen noch? Das feindliche Ausland traute ihr nicht, es sah in ihr nur „eine Falle“. Die deutsche Politik wurde in der ganzen Welt als über alle Maßen zweideutig und verlogen angegriffen. Und wer hat heute den Mut, zu behaupten, daß sie etwa ehrlich und aufrichtig gewesen wäre? Oder gehört Herr Michaelis auch zu denen, die — nach dem Wort des Reichspräsidenten v. Hindenburg — „mit reinem Herzen“ Krieg geführt haben?

Am 1. August 1917 erließ Wilhelm II. einen Aufruf, gegengezeichnet von Michaelis:

Unsere Feinde strecken die Hand nach deutschem Lande aus. Sie werden es niemals erlangen. Sie treiben immer neue Völker in den Krieg gegen uns. Das schreckt uns nicht. Wir kennen unsere Kraft und sind entschlossen, sie zu gebrauchen. Sie wollen uns schwach und machtlos zu ihren Füßen sehen, aber sie zwingen uns nicht. Unseren Friedensworten sind sie mit Hohn begegnet.

„Unseren Friedensworten sind sie mit Hohn begegnet.“ Aber wer hat diese „Friedensworte“ mit schärferem Hohn übergossen als der Reichskanzler Michaelis! Welcher Abgrund der Heuchelei!

Der Frieden, den der Reichstag wollte, ist nicht erreicht worden. Die ersten, die ihn hintertrieben, waren die wirklichen Machthaber des alten Systems, vor allem die Herren von der Obersten Heeresleitung. Ein Jahr später folgte der jähe Absturz aus aller phrasenhaften Ruhmredigkeit in eine klägliche Bitte um Waffenstillstand.

Herr Michaelis war inzwischen längst wieder in der Versenkung verschwunden. Aber durch seinen Abgang war das herrschende System von seiner inneren Verlogenheit nicht befreit worden. Leider hat diese Verlogenheit stellenweise sogar den Krieg überlebt — noch hat das deutsche Volk in breiten Schichten nicht begriffen, daß sie eine der tiefsten Ursachen des Zusammenbruchs gewesen ist. . . .

Der Fall Tresckow.

Die Feme derer um Keudell vor Gericht.

Als Herr von Keudell Reichsminister des Innern wurde, stand er als Angeklagter vor dem Reichstag. Teilnahme am Kapp-Putsch, Teilnahme an den Rüstungen staatsfeindlicher Organisationen, Teilnahme an gesellschaftlicher Aechtung des Rittergutsbesitzers Hasso von Tresckow waren die Anklagepunkte. Herr von Keudell hat sich nicht von der Anklage gereinigt, er wurde trotzdem vom Zentrum in Gnaden als Reichsminister zugelassen. Die Debatte um Keudell schloß mit einem Akt der Ungerechtigkeit. Der Reichskanzler Marx deckte Keudell und beschuldigte Tresckow des Vertrauensbruchs und des Verrats nationaler Landesinteressen — ohne eingehende Prüfung, ohne den so von ihm schwer beleidigten Mann gehört zu haben.

Herr von Tresckow sucht nun sein Recht vor Gericht. Er klagt gegen den Major von Sodenstern von der „Deutschen Zeitung“, und gegen Major Radicke, die beide öffentlich den Vorwurf des Vertrauensbruchs gegen ihn erhoben haben. Die Verhandlungen sind vom Amtsgericht Berlin-Mitte auf den 4. und 8. Oktober angesetzt worden. In der am 8. Oktober beginnenden Verhandlung wird eine umfangreiche Beweisaufnahme geführt werden. Es sind als Zeugen geladen: Reichsinnenminister von Keudell, Rittergutsbesitzer v. Sydow, Rittergutsbesitzer M. d. R. von der Osten-Warnitz, Leutnant d. R. Preuß, Leutnant a. D. von der Lanken, Ordenskanzler Bornemann, Generalleutnant a. D. Salzenberg.

Die Institution der gesellschaftlichen Feme der Ostelbier wird vor Gericht stehen, zugleich die Rolle, die der heutige Reichsinnenminister dabei gespielt hat. Der Reichskanzler Marx hat allen Anlaß, diesen Prozeß genau zu verfolgen.

Beamtenhetze gegen den Magistrat.

Schwarzweißrote Unverschämtheiten.

Der Magistrat hat durch Verfügung vom 14. September 1927 die Beschaffung von Reichsflaggen auch für Siedlungshäuser der Berliner Siedlungsgesellschaft angeordnet. Die Beschaffung erfolgt auf städtische Kosten und soll so beschleunigt werden, daß die Reichsflaggen schon am 2. Oktober gezeigt werden können. Wie wir bereits mitteilten, hat die Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Tempelhof, dagegen ein Flugblatt verbreitet, in dem es heißt:

„Bewohner des Tempelhofer Feldes! Gebt auf die ungewöhnlichen und ungeschickten Beeinflussungsversuche in der Flaggenfrage von seiten der Stadt und der Siedlungsgesellschaft die rechte Antwort, indem alle am 2. Oktober 1927 Schwarz-Weiß-Rotflaggen! Weg mit jeder ängstlichen Bedenklichkeit! Sie ist den neuen Metternichen gegenüber Feigheit!“

Unterzeichnet ist dieser Aufruf: Dr. Musshehl und E. Sprie. Beide sind städtische Beamte, Herr Musshehl ist Stadtrat und Studienrat, Herr Sprie städtischer Oberinspektor. Beide fordern öffentlich zur Bekämpfung der Anordnungen ihrer vorgesetzten Behörde auf und beehren sie mit der Bezeichnung „die neuen Metterniche“. Im Munde von schwarzweißroten Reaktionären übrigens eine reizende Beschimpfung!

Die Hindenburg-Amnestie im Reiche.

Ganze 75 Fälle.

Amtlich wird mitgeteilt: Aus Anlaß seines 80. Geburtstages hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichsministers der Justiz in 75 Fällen Strafen, die von Gerichten des Reichs erkannt worden sind, im Gnadenwege erlassen oder gemildert. Er hat sich ferner entschlossen, seine sämtlichen Strafanträge wegen Beleidigung zurückzuziehen und bei den Länderregierungen die Begnadigung der wegen Beleidigung seiner Person bereits abgeurteilten Personen in Anregung zu bringen; die Länderregierungen haben sich bereit erklärt, dieser Anregung zu entsprechen. Die Länder haben ihrerseits den 80. Geburtstag des Reichspräsidenten zum Anlaß genommen, in gleicher Weise für Strafen, die von ihren Gerichten erkannt worden sind, Einzelgnadenerweise in größerer Anzahl zu bewilligen oder in Aussicht zu nehmen.

Ein Akt der Klassenjustiz in Bayern.

München, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Die bayerische Hindenburgamnestie umfaßt 200 Personen, darunter sämtliche Räterepublikaner bis auf zwei. Unter den beiden, die weiter im Zuchthaus bleiben müssen, ist der Metzger Lindner, der am Tage des Eisnermordes im bayerischen Landtag den Abgeordneten Osel der Bayerischen Volkspartei durch Revolverschüsse tötete und den Genossen Auer schwer verwundete.

Diese Ausnahme von der Amnestie ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Das Attentat Lindners war die Folge der Erregung, die die Ermordung des Genossen Kurt Eisner durch den Grafen Arco hervorgerufen hatte. Dieser Graf Arco, der Eisnermörder, wurde zum Tode verurteilt, dann zu Freiheitsstrafe begnadigt, sehr bald erhielt er Strafaufschub. Er ist heute Direktor der Süddeutschen Lufthansa, und die Hindenburgamnestie hat den Strafaufschub für ihn in endgültige Begnadigung umgewandelt.

Die Gnade hier, und die Grausamkeit dort — sie machen diese Amnestie zu einem Akt empörender Klassenjustiz.

Der Januschauer gratuliert.

Mit dem Gut Neudeck als Geschenk.

Dem Reichspräsidenten wurde heute vormittag neben anderen Geschenken, so einem großen Porzellanservice aus der Preußischen Manufaktur als Geschenk der Reichsregierung, auch die Urkunde überreicht, durch die der Reichspräsident von Hindenburg Eigentümer des Gutes Neudeck in Ostpreußen wird, das bisher einer Verwandten von ihm gehörte. Der Kauf wurde durch Beiträge reicher Industriellen und Landwirte bestritten, in deren Namen ein Komitee heute die Urkunde überreichte. In der längeren Namensliste dieser Abordnung, die heute beim Präsidenten der deutschen Republik vorsprach, finden wir neben den Herren Ravené und Rießer, bekannten Vertretern des Berliner Großkapitals, auch Herrn Elard Oldenburg auf Januschau!

Die Besorgten.

Hüter der Kinderseelen.

Aus rechtsstehenden Blättern ertönt folgender Angstschrei:

„Wie aus Kreisen besorgter Eltern mitgeteilt, ist Kindern verschiedener Schulen, besonders Lyzeen, von deren Lehrern bzw. Lehrerinnen eröffnet, daß sie am Sonntag im Stadion an einer Aufstellung teilzunehmen hätten, die die schwarzrotgoldene Fahne darstellen solle, dementsprechend hätten die Kinder ihre Kleidung ohne eigenen Schmuck usw. zu lassen. Die Anordnung dieser Maßnahme soll von dem Provinzial-Schulkollegium ausgegangen sein, und zwar auf Verfügung des Preußischen Staatsministeriums. Also auch hier wieder Hineinzerrung der Kinderseelen in den politischen Tagesstreit der Alten. Und das nun auch hier noch, wo die Kinder sich so gefreut hatten, ihren Hindenburg zu sehen. Der Erfolg wird sein, daß viele Kinder fernbleiben.“

Logik, Logik! Die verfassungsmäßige Nationalflagge bedeutet „politischer Tagesstreit“. Wenn man die Kinder gegen diese aufhetzt, so ist das ebensowenig ein „Hineinzerren der Kinderseelen in den politischen Tagesstreit“, wie wenn man sie vorher unter der schwarzweißroten deutschnationalen Parteifahne marschieren läßt!

Uns ist diese Aufforderung zum Boykott der Schulveranstaltung ein neuer Beweis, daß die Rechtskreise die Hindenburgfeier lediglich zu parteipolitischer Propaganda auszuschlachten bestrebt sind.

Aschingers Patentlösung.

Jedem seine Flagge!

Der Aschinger-Konzern, Haupttreiber im Hotel-Flaggenkrieg, hat eine Patentlösung gefunden, um im „Kaiserhof“ seine „fürnehmen“ Gäste und in den Bierstuben die Arbeiter zufrieden zu stellen. Auf dem Kaiserhof-Hotel hißt der Konzern die Reichsfahne auf einem Nebenmast. In den Aschinger-Bierstuben wird dagegen die schwarzweißrote Fahne auf den Nebenmast gesetzt.

Ueber den Eingängen zu den Bierstuben ist seit gestern abend die Reichsfahne zu sehen. An versteckter Stelle ist aber auch die schwarzweißrote Fahne gehißt. Die Lösung ist vielleicht klug ausgedacht. Es bleibt aber fraglich, ob diese Doppellösung die Arbeiter, die in den letzten Wochen glaubten, ihr Bier in den anderen Lokalen trinken zu müssen, veranlassen wird, ihre Meinung zu ändern.

Woldemaras in Berlin. Zu Verhandlungen über das Memelland ist auf der Rückreise von Rom der litauische Ministerpräsident Woldemaras in Berlin eingetroffen. Der Präsident des Memeler Landesdirektoriums, Schallnus, ist ebenfalls hierher gekommen.

Erstes Klemperer-Konzert.

Eine Verheißung für das Kroll-Haus.

Nicht das erste, aber das bedeutungsvollste. Ein neuer Geist zog in das Kroll-Haus ein. Wir dürfen erwarten, daß dieser Tat des sinfonischen Dirigenten die zweite des Theatermannes bald folgen wird. Es gibt wenige Musiker von dieser Besessenheit, von dieser hymnischen Pracht, von dieser um Musik kämpfenden, für Reinheit der Musik werbenden Kraft. Ein halb neues Orchester ist zu einer unvergleichlichen Disziplin in wenig Wochen erzogen. Die Unerbittlichkeit des strengen Führers lebt sich in der Straffheit eines männlichen Rhythmus, in der Farbfreude der Instrumentalmelodie aus. Ein Temperament, beherrscht vom Willen zur Formung, eine Romantik neuer Zeit mit der Ablehnung heißen Ueberschwanges, mit dem Kommando, zur Linie, zum Bauwerk hin zu steuern. Die D-Dur-Suite von Bach wird Symbol dieser außergewöhnlichen Energie, dieses letzten Willens, Musik um ihrer selbst willen zu geben. Klemperer entthront in einer einzigen Stunde das deutsche Kapellmeister-Virtuosentum. Wenn man ihn feiert, wie kaum einen anderen Berliner Musiker, so gilt das nicht allein dem Techniker, der da ein erzieherisches Werk vollendet, ehe er es zur Diskussion stellt. Sondern es ist der Reflex einer endlich wieder ehrlich gewordenen Musikbegeisterung. Undenkbar, undankbar wäre es, auch im Rückblick auf diesen Abend, etwa eines Furtwängler oder Walter zu vergessen. Große Formate können nicht dadurch, daß sie sich überschneiden, einfach weggeklatscht werden. Aber die Ziele sind andere bei jeder dieser Individualitäten. Und Klemperers Ziel heißt Verjüngung der Musik, Verlebendigung durch Sauberkeit der handwerklichen Arbeit, des geistigen Aufsaugens. Die Monumentalität der Bach'schen Ouvertüre wurde so noch nie wirksam. Und die Air, in ihren Vor- und Nachschlägen merkwürdig verändert, glitt aus der kühlsamen Region gesungener Lyrik noch nie so nivelliert, so eben, klar und kühl in das Fahrwasser Bach'schen Stils. Ich sage nicht, das sei die einzige Religion, die Seligkeit verspricht. Aber es ist eine aus persönlicher Begnadung. Sie wurde von allen, die anwesend waren, laut gepriesen, von allen denen auch, die das Andersein um jeden Preis lieben.

Diese letzte Sachlichkeit löste sich in den Tänzen wieder in Temperament und Schwung auf. Schnabel spielte (nach Bach) das D-Moll-Konzert Mozarts mit den Kadenzen Beethovens. Man weiß, wie er das macht, mit welcher gereiften Beseelung, welcher filigranartigen Eleganz und welchem Gefühl für die schwebende Melodie. Die Einheit zwischen ihm, Klemperer und dem Orchester war eine rätselhafte, nachdem der Dirigent das kurze, aber bedeutende Vorspiel wie aus fernen, unirdischen Regionen heraufbeschworen hatte. Es war so, als hätten Kapellmeister und Solist gelegentlich die Rollen getauscht, Klemperer dichtete die Poesie des Klaviers im Orchester nach, Schnabel versenkte sich in die Wesenhaftigkeit der Instrumente, denen er Klang und Form seines Spiels anpaßte. Zuletzt Janaceks Sinfonietta, ein höchst interessantes, vom Geist mährischen Volkstums gespeistes Werk, schlicht in der Thematik, abrupt und ungeschlossen in Durchführung und Entwicklung, auffallend im Kolorit der Blasinstrumente (12 Trompeten). Frei von tiefer Gedanklichkeit unterhalten diese tänzerischen Sätze und erregen, zwingen zur Gefolgschaft. Klemperer dirigierte auch dieses Werk auswendig. Großer, ehrlicher Erfolg für den greisen Komponisten, den jugendlichen Interpreten, das Orchester. Stürmisch bejubelt und gerufen, erschien Klemperer oft, den Taktstock in der Hand. Möge er ihn viele Jahre, eifernd und niemals zufrieden, im Kroll-Haus schwingen. Ein Anfang ist gemacht, der Vollendung heißt. Wir hoffen auf ein immer wieder erneutes Anfangen.

Kurt Singer.

Drei Akte Hokuspokus.

Kurt Götz betätigt sich im Komödienhaus als Universalkünstler: er führt Regie, spielt die Hauptrolle, und dazu die Nebenrolle eines armseligen Stückeschreibers, und den spielt er nicht nur, er ist leibhaftig der Autor des famosen Lustspiels „Hokuspokus“, und in Wirklichkeit ist dieser Verfasser gar nicht armselig, sondern ein Mann von liebenswürdigem Talent und vielen guten Gaben.

Das Stück fängt schon sehr lustig an. Der Theaterdirektor versammelt ein paar Bekannte um sich, um ihnen eine (bei Theaterdirektoren nicht sonderlich erstaunliche) Eröffnung zu machen. Er ist pleite. Die Kassiererin meint, die Schuld an diesem bedauerlichen Unfall trügen die Abonnenten, denn sie zahlten im Sommer das Geld, und im Winter, wenn es der Direktor brauche, sei es schon alle. Da blitzt ein Hoffnungsschimmer auf. Der Dramaturg hat ein Stück des berühmten Dramatikers im Schubfach liegen, und dies Stück geht sogleich in Szene. Es ist eine sehr merkwürdige Mischung von Sensationsschauspiel, Pirandelloscher Gedankenakrobatik und Bernard Shawscher Satire. Die schöne Frau Kjeruls ist angeklagt, ihren Mann ermordet zu haben, und alle Indizien sprechen gegen sie. Einen Tag vor dem Urteilsspruch passiert dem Gerichtspräsidenten etwas sehr Sonderbares. Ein etwas mystischer Herr Bille beweist ihm schlagend, daß ihn sein Freund in der nächsten Nacht ermorden will. Als beide, der Gerichtsherr und der Freund, starr vor Staunen sind, eröffnet er ihnen, es sei alles nur Hokuspokus gewesen. Er hat nur zeigen wollen, wie blödsinnig es ist, sich auf Indizien zu verlassen. Dann bezichtigt er sich selbst des Mordes. Die Spannung des Parketts steigt bis zur Siedehitze, und die Lösung der vielfach verknoteten Wirrnisse läßt, wie in sonstigen Sensationsschauspielen, kein schales Gefühl zurück.

Denn Kurt Götz jongliert mit Gedanken und Einfällen. Er machte den Zuschauern famosen Hokuspokus vor. Er bezaubert wirklich und wahrhaftig das Publikum, und das Nette ist, es sind übermütige Einfälle und gar nicht oberflächliche Gedanken, mit denen Götz voltigiert. Genau besehen, ist das Spiel zwar spannend, aber undramatisch. Im zweiten Akt, in der Gerichtsszene, redet immer nur einer und sehr lange, aber wie und was er redet, das ist ganz prächtig. Der Vorsitzende erwidert da dem Verteidiger: „Es kommt hier nicht auf die Vernunft an, sondern auf die Strafprozeßordnung.“ Der Zeuge wird gefragt: „Was haben Sie denn gemacht, als Sie Herrn Kjeruls ins Wasser gestoßen hatten?“ Er antwortet: „Ich habe noch ein paarmal Hallo gerufen, aber es hat sich niemand gemeldet.“ Ueberall gibt es lustige Anspielungen, am spaßigsten ist die Karikatur auf Deutschlands klügsten Theaterkritiker Alfred Kerr, den der Theaterdirektor immer mit Herr Knorr anredet.

Kurt Götz als Darsteller spielt wieder mit seiner unnachahmlichen liebenswürdigen Blasiertheit. Er ist der unbeweglichste Schauspieler Berlins. Aber mit seinen gemessenen Gesten und seiner sparsamen Mimik erzielt er nachhaltigere Wirkungen als der quecksilbrigste Mime. Hermann Vallentin spielt seinen Verteidiger leise, hastig, beißend ironisch und mit der hastenden Sachlichkeit, die Verteidigern angeboren ist. Valerie von Martens ist eine mater dolorosa im Gesellschaftskleid. Walter Steinbeck und Ernst Stahl-Nachbaur als Gerichtsherren platzen vor Würde. Der echte Theaterdirektor Barnowski braucht keine Sorge zu haben. Mit diesem Stücke wird er nicht pleite gehen.

Ernst Degner.

Fredericus als Operettenheld. Das Residenztheater spekuliert auf den faszinierenden Klang des Fridericusnamens, sonst ist kein anderer Grund für die Neueinstudierung von Snagas mittelmäßigem Singspiel „Der Leibkutscher des Fredericus Rex“ vorhanden. Und der Verfasser Gustav Quedenfeldt spekuliert ebenfalls die Gesinnungstüchtigkeit der Schwarzweißroten, denn die Handlung könnte auch am Hofe Ludwig XV. oder des englischen Königs vor sich gehen. Daß der königliche Leibkutscher die Liebschaften eines kleinen Prinzen deckt, — in diesem Falle handelt es sich um den späteren Friedrich Wilhelm II. — braucht nicht notwendig in Potsdam zu geschehen, das wäre auch in Paris oder in Madrid möglich. Sonst zeichnet sich das Libretto kaum durch originelle Einfälle aus. Alles verläuft in dem üblichen Schema. Die Menschen sind so wundervoll brav, daß es wieder einmal eine Lust ist, in der besten aller Welten zu leben. Fredericus hat nichts weiter zu tun, als sich um die Intimitäten seiner Dienerschaft zu kümmern. Auch eine königliche Beschäftigung. Eigentlich müßte dieser Regent in Pantoffeln und Schlafrock herumlaufen. Die Musik Snagas bevorzugt neben Marschmelodien das sentimentale Gartenlaubengenre. Sehr einfallsreich in Melodien ist Snaga gerade nicht. Der Komponist leitet die Aufführung. Das Orchester ist unwahrscheinlich dünn besetzt, jede Provinzbühne, die einigermaßen Niveau wahrt, weist Besseres auf. Auch die Aufführung bleibt im Mittelmäßigen. Theo Lucas in der Titelrolle hat einen hübschen Tenor mit allerdings unfreier Höhe, unterstreicht aber zu stark jede Pointe. Bei George Burghardts Fredericus genügt Porträtähnlichkeit. Nur Gustaf Jahrbeck mit seinem gut geschulten lyrischen Bariton, mit seiner fundierten Technik und seinem dezenten Spiel überragt den Durchschnitt.

F. S.

Gastaufführungen der Woche. Dienstag: Renaissance-Th.: „Italienisches Gastspiel.“ **Mittw.** Renaissance-Th.: „Italienisches Gastspiel.“ Casino-Th.: „Die Dame vom Metropol.“ **Freit.** Dt. Künstler-Th.: „Antig.“ Renaissance-Th.: „Italienisches Gastspiel.“ Th. am Kurfürstendamm: „Höhensonne.“

Moraczewskis-Ausschluß aus der PPS.

Wegen weiterer Teilnahme am Kabinett Pilsudski.

Warschau, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Minister für öffentliche Arbeiten im Pilsudski-Kabinett, Moraczewski, ist jetzt in aller Form aus der polnischen Sozialistischen Partei ausgeschlossen worden. Die Parteiinstanzen hatten ihn wiederholt aufgefordert, gemäß der Oppositionsstellung der Partei sein Ministeramt niederzulegen. Da Moraczewski, der persönlich mit Pilsudski aus dessen revolutionärer Kampfzeit her eng befreundet ist, dieser Aufforderung nicht nachkam, hat das oberste Parteischiedsgericht auf Ausschluß erkannt. Der Parteivorstand ist diesem Beschluß beigetreten.

Moraczewski war schon als k. k. Staatsbahn-Oberingenieur 1907 in das österreichische Parlament gewählt worden und hat 1918/19 die erste Regierung der polnischen Republik geleitet. Er hat auch in dem jetzigen Kabinett zweifellos noch am stärksten soziale und demokratische Ansichten vertreten, aber die Rechtswendung des Pilsudski-Kurses nicht verhindern können.

Vorzensur in Polen!

In den Geschäftsstellen der Lodzer Zeitungen erschien Polizei und ließ sich die neuen Nummern vorlegen. Vor dieser Durchsicht durften die Zeitungen nicht ausgegeben werden! Das bedeutet nicht weniger als die Wiedereinführung der zaristischen Methoden!

Polnische Lehrer in Litauen entlassen.

Warschau, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Amtsentsetzung von 160 polnischen Lehrern in Litauen wegen Nichtbeherrschung der litauischen Sprache hat in Polen große Erregung hervorgerufen und die antilitauischen Gefühle von neuem verstärkt. In Wilna und anderen Litauen nahegelegenen Städten haben Protestversammlungen getagt. Daß Polen selbst einmal ähnlich gegen deutsche Lehrer in Oberschlesien vorgegangen ist, wird jetzt in der polnischen Oeffentlichkeit begreiflicherweise nicht erwähnt.

Der Mittelmeerbund.

Paris glaubt den Dementis nicht.

Paris, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Pariser Presse, besonders die der Linken, bespricht mit ausgesprochenem Mißtrauen die Zusammenkunft Chamberlain-Primo de Rivera. Man glaubt nicht, daß der spanische Diktator nur aus reiner Höflichkeit den englischen Außenminister auf der Insel Mallorca besucht hat, sondern vermutet eine wichtige Aussprache. Trotz aller englischen und spanischen Dementis, die der Begegnung jede politische Bedeutung absprechen wollen, ist man beunruhigt. Man hat in Paris nicht vergessen, daß kaum ein Jahr nach der Zusammenkunft Chamberlain-Mussolini in Livorno der Pakt von Tirana abgeschlossen wurde, durch den der italienische Diktator Hand auf Albanien legte. Der Verdacht, daß auf Mallorca ein Mittelmeerbund Italien-Spanien-Griechenland unter Führung Englands gegründet worden ist, wird immer bestimmter.

Der südafrikanische Flaggenstreit.

Smuts am Reden verhindert.

Johannesburg, 1. Oktober.

In Bloemhof kam es anläßlich einer politischen Versammlung, bei der Ministerpräsident General a. d. Smuts das Wort ergreifen sollte, zu stürmischen Auseinandersetzungen mit den Nationalisten. Diese sprengten die Versammlung, wobei ein Handgemenge entstand. Schließlich wurden die Anhänger Smuts aus dem Versammlungslokale verdrängt, und die Nationalisten feierten ihren Sieg durch Zerreißen einer britischen Flagge. Später wurde ein der südafrikanischen Partei gehörender Basar von den Nationalisten gestürmt. Die Streitigkeiten hängen mit der Flaggenfrage zusammen. Dem General Smuts wird von General Hertzog vorgeworfen, daß er sich in kurzer Zeit von einem Burenführer zu einem der energischsten Verfechter der englischen Interessen in Südafrika verwandelt habe.

Das Leben im Schaufenster. Eines der großen New Yorker Warenhäuser der 5. Avenue hat in seinen großen Schaufenstern eine vollständige Wohnung, aus drei Zimmern und Küche bestehend, eingerichtet; selbst ein elegantes Badezimmer fehlt nicht. In dieser Wohnung lebte eine Frau während der vergangenen Wochen in aller Oeffentlichkeit, um für die Gebrauchs- und Luxusgegenstände, die man in den verschiedenen Abteilungen des Warenhauses kaufen kann, Reklame zu machen. Ihre Tätigkeit begann Miß Kimby, so hieß die junge Dame, indem sie sich vor den Augen der Straßenbummler ihr Frühstück im Bett servieren ließ; im Schaufenster las sie Bücher und Zeitungen, hier erledigte sie auch ihre Korrespondenz, nicht einmal ihre Mahlzeiten konnte sie unbeobachtet einnehmen, denn um diese Zeit staute sich die Zuschauermenge vor dem Schaufenster in geradezu beängstigender Weise. Nachmittags veranstaltete Fräulein Kimby regelmäßig einen kleinen Fünf-Uhr-Tee, zu dem stets einige ihrer Freundinnen erschienen, und meist behielt sie diese auch noch zum Abendessen da, das ebenfalls in voller Oeffentlichkeit eingenommen wurde. Das junge Mädchen scheint sich an ihr Leben in der Oeffentlichkeit rasch gewöhnt zu haben, denn sie bewegte sich völlig unbefangen in ihrer Wohnung, spielte Klavier, wählte ihre Toiletten für die verschiedenen Gelegenheiten, kurzum, sie führte das Leben einer großen Dame, deren Mittel es ihr gestatten, ihr Leben so behaglich wie möglich zu gestalten. Zu ihrer Bedienung hat Fräulein Kimby ein Mädchen zur Verfügung, das ihr gleichzeitig als Köchin und Kammerzofe dient. Dieses Mädchen benützt ihre häuslichen Arbeiten, die verschiedenen modernen Apparate, die man in dem Warenhaus kaufen kann, und deren Anwendung den Zuschauern vor dem Fenster auf diese Weise gezeigt wird.

Ein neues französisches Soldatenlied. Von einem elsässischen Parteigenossen wird uns geschrieben: Kurz nach dem letzten Besuche Poincarés in Mülhausen weilte ich in meiner Vaterstadt. Durch das Zentrum der Stadt schlendernd hörte ich plötzlich hinter dem Rathaus fröhlichen Gesang. Was war los? In einem Raume des Rathauses fand Musterung der jungen Rekruten (Conscrits) statt. Und wie überall sannen auch diese jungen Burschen, um sich hinwegzutäuschen über die Dinge, die ihrer in einer langen Militärzeit, meist fern der Heimat, harren. Was aber sangen die elsässischen Rekruten? „Ich hab mein Herz in Heidelberg verloren"

Die Sonderabteilungen der Volksbühne E. V. bieten ihren Mitgliedern im Laufe des Jahres neben fünf Aufführungen im Theater am Bülowplatz, Theater am Schiffbauerdamm und Thalia-Theater fünf Vorstellungen der Piscator-Bühne. Sie haben aber nichts mit dem Abonnements der Piscator-Bühne zu tun. Mitgliederaufnahmen in die Sonderabteilungen der Volksbühne können noch jederzeit erfolgen; Anmeldungen sind an die Geschäftsstellen der Volksbühne C 25, Linienstraße 227, NW 40, Platz der Republik 7 oder an eine der Zahlstellen des Vereins zu richten.

In der Galerie Johannes Hinrichsen im Künstlerhaus, Bellevuestr. 3, wird die Ausstellung Albert Birkle am Sonntag, dem 2. Oktober, geschlossen. Im Anschluß daran wird vom 4. bis 20. Oktober eine Sonderausstellung von Lucien Adrion veranstaltet. Die Ausstellung von Laurent F. Keller wird bis zu diesem Termin verlängert.

Der Kunstsalon Hirzel-Spanier, Schlüterstraße 5, am Lützowplatz, stellt im Oktober deutsche Architekturen und Landschaften des Malers Erich Kurz aus. Die Ausstellung ist täglich von 10—18 Uhr geöffnet.

Die Nöte eines Landkreises.

Verfehlte Wirtschaft. — Heimstättensabotage. — Landarbeiterelend.

Frankfurt a. d. O. (Eigenbericht.)

Vor den Toren der Reichshauptstadt liegt der Kreis Lebus, in dessen Verwaltung einst der spätere Feldherr von Jäckeritz, Keudell, gemeinsam mit seinem Busenfreunde von Kamecke, der nach Beginn der Keudellschen Ministerherrlichkeit schleunigst die Treppe hinauffiel, als junger Assessor tätig war. Das war zur Zeit, als Herr Kleiner, der jetzige Präsident des Deutschen Giroverbandes, den Kreis regierte. Wie regierte es sich doch damals so bequem! Die Sozialdemokratie, durch ein schmachvolles Wahlrecht von den Kreiskörperschaften ferngehalten, existierte für die Herrschenden kaum. So konnte eine Politik gemacht werden, die ganz nach dem Herzen der Junker war. Wies der Kreis auch damals schon wichtige Industriepunkte auf — Fürstenwalde, Brieskow-Finkenherd —, so tat man doch ganz, als wäre das

Land Lebus ein einziges Junkerparadies.

Das wurde Anfang 1919 ein wenig anders, als die Sozialdemokratie ihren Einzug in den Kreistag hielt und auch in den Kreisausschuß eindrang. Herr Kleiner fühlte recht bald, daß sich seine Zeit erfüllt habe. Er wechselte nach Berlin hinüber, und an die Spitze des Kreises trat ein ehemaliger Volksschullehrer aus Charlottenburg, Herr Pautsch, der sich als Anhänger der Fortschrittspartei schon eine Zeitlang im politischen Leben getummelt hatte und von dem das Gerücht ging, daß er ein überzeugter Demokrat sei. In der Stickluft von Seelow, das Junkerlaune einst zum Sitz der Kreisverwaltung bestimmte, ist er, allzusehr der Friedfertigkeit zugeneigt, schnell schwach geworden. Er vergaß republikanische Notwendigkeiten, die nur für den oberflächlichen Beurteiler im Aeußerlichen liegen, z. B. die Beschaffung von Reichsflaggen für die Gebäude der Kreisverwaltung. Das Kreisverwaltungsgebäude hat erst in diesem Jahre erstmalig die Farben der Republik gezeigt, als Herr Pautsch sich längst in die beschauliche Ruhe eines Regierungsbureaukraten geflüchtet hatte.

Aber abgesehen von solchen Versäumnissen hat die Aera Pautsch dem Kreise viel Unsegen gebracht. Die Kreisbank, einst ein blühendes Unternehmen, wurde unter einem Günstling des früheren Landrats, dem „Generaldirektor" Alfred Kleemann, der sich demnächst wegen Betrugs und Untreue vor Gericht zu verantworten haben wird, zugrundegewirtschaftet, ein kreiskommunales Unternehmen, eine Ziegelei, durch verkehrte Maßnahmen an den Rand des Ruins gebracht, bis kein anderer Ausweg mehr blieb als die Verpachtung zu für den Kreis ungünstigsten Bedingungen. Die von der Aufsichtsbehörde verlangte Sanierung kostet den Steuerzahlern vorerst jährlich 10 Prozent Kreissteuern. Bei der Liquidation der Kreisbank ergab sich der reizende Tatbestand, daß zu einer Zeit, als der Herr „Generaldirektor" die bedrohliche Lage des Unternehmens längst kennen mußte, den früheren privaten Gesellschaftern, zumeist vermögenden Leuten, unter denen sich auch der Führer der Deutschnationalen im Kreise, von Stünzner-Karbe, befindet, der

dreifache Geschäftsanteil in Goldmark ausbezahlt

worden war. Dem selbstverständlichen Verlangen, die zu Unrecht erhobenen Beträge wieder herauszurücken, widersetzten sich die Gesellschafter, die sonst gern mit ihrem Patriotismus und ihrer Sorge für den Kreis prunken. So ist denn ein Prozeß des Kreises gegen sie notwendig geworden. Die vielen Schwierigkeiten, in denen der Kreis steckt, haben dem jetzigen Landrat, der kein Nominal-, sondern ein wirklicher Demokrat und Republikaner ist, Veranlassung zu der Bemerkung gegeben, daß er sich ganz in der Rolle des Konkursverwalters sehe. Auf alle Fälle hat er eine sehr üble Erbschaft antreten müssen.

Keine Sorge ist in diesem Augenblick größer als die der

Schaffung von Landarbeiterheimstätten

im Kreise. Unter der Führung der Sozialdemokratie hat der Lebuser Kreistag im März d. J. Mittel zur Gewährung der sogenannten Spitzenbeträge und zur Zinsverbilligung für Landarbeiterheimstätten bewilligt, für welche der Staat unverzinsliche, zu tilgende Gelder zur Verfügung stellt. Mit süßsaurer Miene, innerlich zerknirscht, mußte der bürgerliche Mischmasch-Block der Sache zustimmen, ja, sein Wortführer, Graf Hardenberg, ein Intimus des Exkronprinzen und Freund der Femeleute, betonte in öliger Rede, daß er und seine Freunde das Siedlungswerk in jeder Weise fördern würden. Die Praxis hat etwas ganz anderes, nämlich die Sabotage der Landarbeiterheimstätten durch die Junker gezeigt.

Durch Vorenthaltung des notwendigen Baugeländes wird das sozial und kulturell so wichtige Werk hintertrieben.

Dafür siedeln einige Großagrarier auf eigene Faust. Sie greifen zwar nicht in die eigene Tasche, aber sie besorgen „ihren" Arbeitern die Gelder und suchen ihnen die Meinung beizubringen, daß die Kreissiedlungsgenossenschaft gar nichts leiste, sie, die Junker, aber desto mehr. Es geht ja allmählich den Wahlen entgegen, und da muß das arg ramponierte Ansehen ein wenig wieder aufgefrischt werden.

Das Ideal der Junker bleibt die Werkswohnung, die Wohn-, Schlafzimmer, Küche und Abstellgelegenheit in einem Raum vereinigt, wie es beispielsweise in dem Machtbereich des Grafen Rochus Lynar in Seese im Spreewald ist. Die Werkswohnung bietet den Vorteil, mißliebige Arbeiter, die sich etwas linksverdächtig gemacht haben, kurzerhand an die frische Luft zu setzen. Die neuzeitliche Rechtsprechung der Mieteinigungsämter ist diesem menschenfreundlichen Streben kaum hinderlich. Wer sich aber untersteht, auf diese unbestreitbaren Tatbestände einmal hinzuweisen, der wird von den Junkern als „Hetzer" angeschrien.

Sie, die ihre Klasseninteressen in bekannter Rücksichtslosigkeit wahrnehmen, verübeln es ihren Gutsangehörigen zumeist sehr, wenn diese durch das Mittel der Organisation bestrebt sind, ihr kulturwidriges Dasein zu verbessern. Unter dem unausgesetzten Druck der Junker sind nur allzu viele Gutsarbeiter kleinmütig und furchtsam geworden. Statt dem Terror ihrer Bedrücker die Macht einer starken, in sich gefestigten Organisation entgegenzusetzen, haben sich vielerorten die Landarbeiter in das Heerlager der Indifferenten geschlagen oder sind gar zu den verächtlichen „Gelben" gestoßen. In den sogenannten Atamanen, den „nationalen" Aufbaujünglingen, ist den Landarbeitern in manchen Gegenden ein neuer Feind erstanden, der sich den Junkern für ein kümmerliches Taschengeld anbietet. Wir rufen die öffentliche Meinung auf, daß sie sich des freudenarmen Schicksals der Landarbeiter annehme. Aber das Werk der eigenen Befreiung kann schließlich doch nur die Sache der Landarbeiter selbst sein!

Der Sträflingsaufstand in Toulon.

Renaudel fordert Untersuchung der Zustände im Marinegefängnis.

Toulon, 1. Oktober. (Havas.)

Im Marinegefängnis haben sich weitere Zwischenfälle nicht ereignet. 80 Meuterer befinden sich auf dem Fort. Man hat die Ueberzeugung, daß sowohl die Zwischenfälle an Bord des Kreuzers „Ernest Renan" wie auch die im Marinegefängnis auf den Einfluß von außen her zurückzuführen seien.

Der „Matin" berichtet, daß der größte Teil der Meuterer des Marinegefängnisses sich erst Sonnabend vormittag ergeben hat. Die ganze Nacht hindurch hatten sie sich in ihren Zellen verbarrikadiert, die sie durch Löcherschlagen in die Wände und Decken miteinander verbunden hatten. Fünfzig Gendarmen besetzten die Korridore und forderten die Gefangenen auf, die Türen zu öffnen. Da die Aufforderungen erfolglos blieben, wurden die Türen mit Aexten eingeschlagen, und erst jetzt ergaben sich die Meuterer nach kurzem Kampf. Sie wurden nach dem Fort Malbousque gebracht. Die Meuterei ist darauf zurückzuführen, daß das Gefängnis stärker belegt war, als es den Vorschriften entsprach. Die Gefangenen mußten daher zu je zehn oder zwölf in einer Zelle untergebracht werden. Sie stellten dauernd Forderungen, besonders wegen des Essens. Die Gefängnisverwaltung hatte beschlossen, die „Rädelsführer" in das Fort Malbousque zu überführen, wo sie schärfer überwacht werden können. Von dieser Absicht hatten die Gefangenen auf einem bisher nicht entdeckten Wege Kenntnis erhalten und beschlossen, sich dieser Maßregel zu widersetzen. Als die Gefängniswärter den Befehl ausführen wollten, entstand die Meuterei.

Ein weiterer Zwischenfall hat sich wahrscheinlich im Zusammenhang mit dieser Meuterei auf dem Panzerkreuzer „Ernest Renan" in Toulon ereignet. Als die Matrosen zum Empfang des Essens antreten sollten, weigerte sich die ganze Besatzung, das verabreichte Essen anzunehmen. Der Kommandant des Schiffes begab sich darauf in Begleitung von mehreren Offizieren in die Küche und „stellte fest", daß an dem Essen nichts auszusetzen sei. Der Besatzung wurde daher der strikte Befehl erteilt, die Nahrung zu essen. Die meisten Matrosen kamen, wenn auch unwillig, diesem Befehl nach, zahlreiche jedoch nicht. Die vier Wortführer wurden verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis gebracht.

Renaudel hat vom Marineminister eine Untersuchung über die Zwischenfälle im Marinegefängnis in Toulon sowie über die hygienischen und Beköstigungsverhältnisse im Gefängnis gefordert.

Nachspiel zur Tannenberg-Rede.

Eine Belehrung für die „Tägliche Rundschau".

Herr Ministerialdirektor z. D. Spiecker schreibt uns:

Das Blatt des wieder zurückgekehrten Herrn Reichsaußenministers, die „Tägliche Rundschau", hat es für richtig befunden, mich für einen Artikel des „Reichsdienstes der deutschen Presse", der über Hindenburgs Kriegsschulderklärung bei der Tannenbergfeier ein kritisches Wort gesprochen hat, verantwortlich zu machen und der Wandlungsfähigkeit zu zeihen. Die „Tägliche Rundschau" erblickt diese Wandlungsfähigkeit darin, daß ich früher die Kriegsschuldfrage ganz anders gewertet hätte, heute aber, da mich die „Tägliche Rundschau" mit den kritischen Aeußerungen des „Reichsdienstes" identifiziert, gegen mich selbst „hetze", wie das Blatt so witzig sagt.

Die „Tägliche Rundschau", an deren Intelligenz und Loyalität man in einem Augenblick, in der sie mit der ihr gesinnungsverwandten „Nachtausgabe" einen nicht gerade amüsanten Boxkampf wegen einer unsäglich unwichtigen „Anastasia-Legende" aufführt und ausgerechnet von der Hugenbergschen Bruderpresse sich einen „Tiefstand der Journalistik" attestieren lassen muß, aus Mitgefühl nicht zu hohe Ansprüche stellen soll, wird aber vielleicht doch noch einsehen können, daß man sehr wohl ein entschiedener Bekämpfer der Kriegsschuldlüge sein kann und trotzdem oder vielmehr gerade deswegen die feierliche Kriegsschulderklärung von Tannenberg als einen politischen Fehler ansehen darf. Und vielleicht versteht die „Tägliche Rundschau" darüber hinaus auch noch, daß man es ablehnen kann, für diesen Fehler den Herrn Reichspräsidenten verantwortlich zu machen und es für die Würde und das internationale Ansehen des greisen Reichspräsidenten von Hindenburg durchaus nicht förderlich findet, wenn die verantwortlichen amtlichen Stellen dem Herrn Reichspräsidenten zunächst eine feierliche Erklärung vor aller Welt abgeben lassen und sofort hinterher versichern, daß das amtlich nichts zu bedeuten hätte und die amtliche deutsche Politik mit der Kriegsschulderklärung Hindenburgs gar nichts zu tun hätte.

Die Ehrfurcht vor dem 80jährigen Reichspräsidenten verbietet es mir, diesen ersten Versuch amtlicher Deckung des Herrn Reichspräsidenten in das alltägliche Deutsch zu übersetzen, und ich versage es mir auch, mit der „Täglichen Rundschau" in eine Polemik über eine Reihe noch anderer, politisch auch nicht uninteressanter Dinge, die mit dieser bedauernswerten Entgleisung amtlicher Stellen zusammenhängen, einzutreten. Ich habe bis zum heutigen Tage noch nicht eine Zeile gegen die jetzige Reichsregierung, eines ihrer Mitglieder oder ihre Tätigkeit geschrieben und kein öffentliches Wort gegen sie gesprochen, weil ich das Zustandekommen dieser Regierung für nötig gehalten und auf dem Standpunkt gestanden habe, daß, wie jede andere, auch diese Regierung erst nach ihren Werken beurteilt werden dürfte. Ich gestehe allerdings, daß heute die Versuchung stärker wird, Wirken und Wollen unserer Reichsregierung einmal im Zusammenhang und in ihren Triebkräften zu überblicken und insbesondere auch eine Bilanz der Stresemannschen Außenpolitik zu ziehen.

Was Stresemann aber mit dem Artikel der „Täglichen Rundschau" zu tun hat? Wahrscheinlich ebensoviel wie ich mit dem Artikel des „Reichsdienstes". Sie halten mir entgegen, daß ich dem „Reichsdienst" aber doch wohl näher stünde als Herr Stresemann der „Täglichen Rundschau"? Nun, zugegeben — dafür ist aber der „Reichsdienst" auch unvergleichlich besser als die „Tägliche Rundschau".

Präsentiert das Gewehr!

Reichswehrehrenbezeugung vor der Stahlhelmuniform.

Reichspräsidentenpalais. Düsterberg und Seldte, die Häuptlinge des Stahlhelms, fahren im Kraftwagen vor. Der Reichswehrposten präsentiert das Gewehr.

Vor der Uniform des Stahlhelms.

Vereinbarung im Gastwirtsgewerbe.

Lohnerhöhung von 3.50 bis 5 Mark.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, trat gestern das Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Schlichters von Brandenburg zusammen, um den Konflikt im Berliner Gastwirtsgewerbe zu schlichten. Die Verhandlungen zogen sich von 11 Uhr bis 7 Uhr abends hin. Es wurde schließlich ein Schiedsspruch gefällt, der gegenüber der Forderung von einer Lohnerhöhung von 6,— Mk. in den Endlöhnen eine Erhöhung von 3,50 bis 5,— Mk. die Woche festsetzte. Da aber ein erheblicher Teil der Angestellten des Gastwirtsgewerbes in Kost und Logis steht oder eines von beiden erhält, wird außer den sogenannten Endlöhnen auch eine Berechnung für Kost und Logis festgesetzt. Die in dem Schiedsspruch festgesetzte Berechnung war derart, daß die Vertreter des Zentralverbandes sofort erklärten, der Schiedsspruch sei für sie unannehmbar.

Infolge dieser Erklärung fanden sofort direkte Verhandlungen zwischen beiden Parteien statt, die zu einer vorläufigen Vereinbarung führten. Nach dieser Vereinbarung wird von beiden Parteien die Lohnerhöhung von 3,50 bis 5,— Mk. die Woche angenommen und tritt mit dem 1. Oktober in Kraft. Ueber die anderen Fragen finden im Laufe der nächsten Woche direkte Verhandlungen statt. Dieser Vereinbarung hat die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten, die gestern abend zusammentrat, ihre Zustimmung gegeben.

Unveränderte Lage im Brauerstreik.

Keine Anrufung des Schlichtungsausschusses.

In dem Streik der Brauereiarbeiter, der am gestrigen Sonnabend eingesetzt hat und allgemein durchgeführt worden ist, hat sich bisher keine Aenderung der Situation ergeben. Bisher sind von keiner Seite Schritte eingeleitet worden, um die beiden Parteien zu neuen Verhandlungen zusammenzubringen.

Verschärfung in Westsachsen.

Ablehnung des Schiedsspruchs.

Dresden, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

In der sächsischen Textilindustrie hat sich die Situation verschärft. Eine überaus stark besuchte Versammlung von Delegierten aus allen Teilen des westsächsischen Tarifgebiets in Glauchau faßte einstimmig folgende Entschließung:

„Die am 1. Oktober 1927 im Schützenhaus in Glauchau versammelten Textilarbeitervertreter lehnen den Schiedsspruch für Westsachsen vom 27. September 1927 ab. Die Nichtberücksichtigung der Arbeiterforderungen in Verbindung mit der langen Laufdauer zwingen die Arbeiter zur Ablehnung. Daß die Industrie höhere Löhne zahlen kann, beweisen eine große Anzahl Abmachungen in den letzten Tagen, die weit über den Schiedsspruch hinausgehen. **Die versammelten Textilarbeitervertreter sprechen der Verbandsleitung das Vertrauen aus und erklären sich bereit, alle Maßnahmen durchzuführen, die geeignet sind, die berechtigten Forderungen der Textilarbeiter durchzusetzen.**"

Streik der Fahrstuhlmonteure.

Bauarbeiter, übt Kontrolle.

Bei der Urabstimmung am Freitag und Sonnabend in den Groß-Berliner Fahrstuhlbetrieben haben von den beschäftigten Monteuren und Helfern rund 90 Proz. für Streik gestimmt. Die Funktionäre nahmen gestern nachmittag im Verbandshaus der Metallarbeiter zu dem Abstimmungsergebnis Stellung und beschlossen nach eingehender Beratung, daß am Montag früh in allen Groß-Berliner Fahrstuhl- und Aufzugsbetrieben die Arbeit eingestellt wird.

Nicht bestreikt werden jedoch die Betriebe Otto u. Weiß, J. P. Diem und die Firma Schneider u. Fischer, die die Forderungen der Fahrstuhlmonteure anerkannt haben. Für die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter dieser drei Betriebe werden am Montag vom Metallarbeiterverband Arbeitsberechtigungskarten ausgegeben.

Die Streikenden erwarten, daß besonders die Bauarbeiter die arbeitenden Fahrstuhl- und Aufzugsmonteure und ihre Helfer kontrollieren, ob sie Verbandsbuch und damit übereinstimmende Arbeitsberechtigungskarte bei sich haben. Alle Arbeiter, die nicht im Besitze dieser beiden Legitimationen sind, sind Streikbrecher.

Die Funktionäre beschlossen weiter, daß dringend notwendige Reparaturen an Fahrstühlen und Aufzügen in Krankenhäusern, Kliniken und Krankenkassen ausgeführt werden müssen. Diese Arbeiten werden aber nur durch Vermittlung des Metallarbeiterverbandes den nichtbestreikten Firmen zugewiesen. Die Zentralstreikleitung ist telephonisch zu erreichen unter Norden 107 88.

Lohnverhandlungen bei der Reichspost.

Die Einheitsparole der Bürgerblockregierung.

Am Freitag verhandelte im Reichspostministerium die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft (Mitgliedschaft im Deutschen Verkehrsbund) wegen einer zwischentariflichen Lohnerhöhung. Der gegenwärtige Lohntarif läuft noch bis zum 31. März 1928.

Von den Vertretern des Reichspostministeriums wurde genau wie im Reichsfinanzministerium den Staatsarbeitern erklärt, daß einer allgemeinen Lohnerhöhung aus tarifrechtlichen und tarifpolitischen Gründen nicht entsprochen werden könnte. Sie erklärten sich nur zu einer Nachprüfung der Ortslohnzulagen bereit, und falls sich hierbei ergibt, daß in der vergleichbaren Industrie höhere Löhne gezahlt werden als bei der Reichspost, eine Angleichung durch die Erhöhung der Ortslohnzulagen erfolgen soll.

Demgegenüber wurde von den Gewerkschaftsvertretern erklärt, daß die Löhne bei der Reichspost mit dem Ansteigen der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel nicht gleichen Schritt gehalten haben. Der Notlage der Arbeiter könnte nur durch eine allgemeine und fühlbare Lohnerhöhung gesteuert werden. Durch eine Nachprüfung der Ortslohnzulagen würde der Notstand der Arbeiter nicht beseitigt.

Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurden die weiteren Verhandlungen vertagt. Sie werden mit dem Reichspostminister Dr. Schätzel weitergeführt werden.

Angestellte der Metallindustrie!

Der VBMI. lehnt ab.

In der letzten AfA-Funktionärversammlung wurde unsere Stellungnahme im wesentlichen beeinflußt durch die sicherlich zu erwartende Ablehnung des Schiedsspruches seitens des VBMI. Diese erwartete Ablehnung liegt nach Ablauf der Erklärungsfrist nunmehr vor, so daß unsererseits der Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches gestellt worden ist.

Wir bitten die Funktionäre, entsprechend den Beschlüssen der vorerwähnten AfA-Funktionärversammlung dafür Sorge zu tragen, daß in allen Betrieben umgehend nach vorheriger telephonischer Verständigung mit uns Betriebsversammlungen angesetzt werden, um zu dieser Situation Stellung zu nehmen, d. h. alle Angestellten über die Lage aufzuklären.

AfA-Metall-Kartell.
Günther. Rothe. Lange.

Tarifverhandlungen im Speditionsgewerbe.

Der Zentralverband der Angestellten hatte das mit dem Verein der Spediteure abgeschlossene Tarifabkommen (Manteltarif) mit Wirkung zum 30. September aufgekündigt. Daneben forderte er eine Erhöhung der Gehaltssätze.

In den Verhandlungen vom 29. September wurde festgelegt eine Erhöhung der bis zum Februar 1927 in Kraft gewesenen Gehaltssätze um 10 Proz. Dauer des Abkommens bis Ultimo Dezember 1927. Der Manteltarifvertrag wurde bezüglich des Urlaubs für ältere Angestellte, bezüglich der Bestimmung für jugendliche Angestellte im 1. Jahre nach der Lehre, bezüglich der Beschränkung der Lehrlingszahl u. a. m. verbessert. Bezüglich der Arbeitszeit vereinbarten die Parteien an Stelle der bisherigen 53-Stunden-Woche folgendes: Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Mit Genehmigung des Angestelltenrats dürfen bis zu 5 Ueberstunden pro Woche geleistet werden. Jede Ueberstunde ist zu bezahlen mit ein Zweihundertstel des Gehalts plus 25 Proz. Zuschlag. Der Manteltarifvertrag läuft vorläufig bis zum Ultimo September 1928.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 5 Beilagen, „Blick in die Bücherwelt", „Unterhaltung und Wissen" und „Aus der Filmwelt".

Musikaufträge erledigt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64. Dönhoff 3277—78. Geschäftszeit 9—5, Sonntags 10—2 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch.

Kleid vorzügliche Velourline, Wolle mit Seide (wie Abbildung) 49.00
Mantel bleu oder fraise Velours m. Plüschbes., Steig. 1.50 Länge 60 cm (wie Abb.) 13.50
Mantel reinwoll. Ottomane, ganz auf Futter, reich mit Pelz besetzt (wie Abb.) 98.00

N·ISRAEL
DAMEN-MODEN
FÜR DEN HERBST

DAMENKLEIDUNG

Jumperbluse sehr gutes gestreiftes Flanell 4.90
Jumperbluse reinseid. Crêpe de Chine, in hellen u. dunklen Farben 17.50
Kleid reinwollener Kasha, mit farb. Kragen u. Krawatte 13.50
Kleid reinwoll. Rips-Popeline mit Stickerei 16.00
Jumperkleid vorzüglicher Jersey, Wolle mit Kunstseide 19.50
Kleid kunstseidene Charmeuse mit Blenden verziert 28.00
Kleid reinseid. Crêpe de Chine, in vielen Farben 35.00
Gesellschaftskleid reinseid. Crêpe de Chine mit passender Spitze 64.00
Elegantes Gesellschaftskleid reinseidener Crêpe Satin 85.00
Mantel englisch melierter Stoff mit Pelzkragen 39.00
Mantel vorzügl. reinwoll. Velours de laine, halb auf Futter mit großem Pelzkragen 49.00
Mantel reinwollener Rips mit Zierstich und Pelzkragen, halb auf Futter 59.00

PELZWAREN

Pelzmantel aus Sealkanin mit Damastfutter 148.00
Pelzmantel aus Zobelkanin 198.00
Pelzkragen in Tierform, Silberfuchs-Schaka! 49.00
Pelzkragen Rotfuch 79.00

KINDERKLEIDUNG

FÜR MÄDCHEN
Mädchenkleid modern. Schottenstoff mit langen Aermeln, (Steig. 1.00) Länge 55 cm 8.75
Mädchenmantel aus melierten Winterstoffen, (Steig. 0.75) Länge 60 cm 9.75
Mädchenmantel vorzüglicher mandelgrün. Velours mit Pelzbesatz, (Steig. 2.00) Länge 60 cm 18.75

FÜR KNABEN
Kieler Pyjack marineblau m. Aermelstick., warm gefüttert, f. ca. 2 Jahre 9.30
Knaben-Ulster braun oder dunkelgrau gemustert mit karierter Abseite, für ca. 2 Jahre 16.75
Baby-Mantel hell od. dunkel gemust. m. warm. Futter, f. ca. 2 Jahre 10.75

SONDER-ANGEBOT WIENER STRICKWAREN
Damen-Pullover od. Jumper vorzügliche Ausführung, Durchschnittspreis 12.75
Damen-Kostüme 2teilig, vorzügliche Ausführung, Durchschnittspreis 22.50

DAMENHÜTE

Filzhut mit Band garniert, viele Farben und Formen 2.90
Samthut Silkina, Frauenform, mit Band garniert 5.90
Filzhut jugendl. Kappenf., viele Farb. 3.90
Velourshut m. Band garniert, viele Farben 9.75
Crêpe de Chine-Schal neue Druckmuster 3.45
Crêpe de Chine-Schal aparte Malerei 5.75

KLEIDERSTOFFE

Sportstoffe strickartig gewebt, aparte Sportfarben 1.95
Epinglé einfarbig m. passend. Karos, letzte Compose-Mode, reine Wolle, ca. 100 cm breit 4.25
Wollrips vorzügl. Winterqual., große Farbenauswahl, ca. 130 cm 4.90
Mantel-Velours reine Wolle, meliert und glatt, schwarz und farbig 5.90
Mantel-Ottomane mit veloursartiger Abseite, schwarz, marine und moderne Farben, 130/140 cm 8.80
Veloutine Wolle mit Seide, dereleg. Modestoff, ca. 100 cm 7.50

SEIDENSTOFFE

Crêpe de Chine schwarz, weiß und viele neue Farben, ca. 100 cm 4.90
Fulgurant hochglänzende Kunstseide m. Baumwolle, leuchtende Farben, ca. 85 cm breit 3.60
Crêpe Satin elegantes Gewebe, viele Farben, ca. 100 cm 10.80
Damast vorzügliches k'seid. Mantel- und Pelzfutter, ca. 90 cm 5.80
Mantelseide schwz., glatt, gem., ca. 90 cm 4.90
Sealplüsch imprägniert, für Jacken und Mäntel, schwarz und sealbraun, ca. 125 cm breit 19.50

WIRKWAREN

Kinder-Schlüpfer gestreift Kunstseide, gerauht 1.45
Kinder-Strümpfe Wolle platt., farb. Stg. 0.15 Gr. 2 1.20
Herren-Beinkleid echt Mako 2.75
Herren-Socken reine Wolle gestrickt, grau mel. 1.65
Unterziehhöschen f. Damen, echt Mako, hellfarb. 1.35
Damen-Strümpfe Seidenflor, farbig 1.85
Damen-Schlüpfer gestreift Kunstseide, gerauht 2.90
Unterzieh-Strümpfe Wolle, plattiert 1.85

EXTRA-PREISE FÜR HANDSCHUHE

Damen-Handschuhe
Trikot k'seide. Aufnaht, 2 Druckkn. 0.85
Leder-Nachahmung m. mod. Mansch., wie Abb. 0.95
Leder-Nachahmung mit moderner Manschette 1.65
Wildled.-Nachahmg. Schlüpfer, wie Abbildung 2.35
Glacéleder 2 Druckknöpfe 2.85
Ziegenleder 2 Druckknöpfe 3.75
Nappaleder Stepper, 2 Druckknöpfe 3.90
Glacéleder mit moderner Manschette 4.50

Herren-Handschuhe
Leder-Nachahmung 1 Druckknopf 1.25
Schwedisch Leder Perlmuttknopf 3.90
Nappaleder Stepper, 1 Druckknopf 4.75

Kinder-Handschuhe
Leder-Nachahmung mit Manschette 1.10

VERLÄNGERUNG DER GARDINEN-AUSSTELLUNG

DER HERBST-KATALOG WIRD AUF WUNSCH KOSTENLOS ZUGESANDT

BERLIN O2 · SPANDAUER STRASSE · KÖNIG-STRASSE · GEGRÜNDET 1815